

## Antrag

**der Abgeordneten Frank Rinck, Stephan Protschka, Peter Felser, Bernd Schattner, Dietmar Friedhoff, Steffen Janich, Enrico Komning, Uwe Schulz, Carolin Bachmann, Dr. Christina Baum, Barbara Benkstein, Marc Bernhard, René Bochmann, Jürgen Braun, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Harald Weyel, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD**

### **Deutsche Landwirtschaft wirklich entlasten – Höfesterben sofort beenden**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die gestiegenen Belastungen der vergangenen Jahre und nicht zuletzt die Steuererhöhungen für Agrardiesel, haben zu den größten Bauernprotesten geführt, die Deutschland je gesehen hat. Die deutschen Landwirte befürchten durch die neuen Auflagen und zusätzlichen Kosten auch innerhalb der europäischen Landwirtschaft an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren und ihre Existenz zu verlieren.

Um Wettbewerbsverzerrungen im EU-Binnenmarkt zu verhindern, braucht es gleiche Produktionsbedingungen. In den meisten europäischen Ländern wird die Landwirtschaft mit niedrigen Auflagen oder Maßnahmen wie vergünstigtem Agrardiesel unterstützt. Das dient dazu, um die heimischen Produzenten gegen internationale, mit geringen Standards erzeugte, Dumpingagrarimporte zu schützen und ein Mindestmaß an Selbstversorgung sicherzustellen.

Die deutsche Landwirtschaft versorgt die Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen und zu höchsten Standards erzeugten Lebensmitteln. Deren Produktion wird aber durch eine immer weiter ausufernde, bürokratische Überregulierung künstlich verteuert. Außerdem erschweren fachlich nicht gesicherte Düngelaufgaben, erhöhte Kosten des Weidetierschutzes, Umweltauflagen und geringere Einnahmen durch Steuern und Abgaben die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit der deutschen Bauernhöfe.

Um das dramatische Höfesterben zu stoppen und den bäuerlichen Familienbetrieben in Deutschland wirtschaftliche Zukunftsaussichten zu geben, benötigen sie Planungssicherheit sowie praxistaugliche und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen. Hierbei besteht aus Sicht der Antragsteller dringender politischer Handlungsbedarf.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den sofortigen Bürokratieabbau der deutschen Landwirtschaft voranzutreiben, indem, mit dem Ziel einer umfangreichen Deregulierung oder Vereinfachung, alle bestehenden Normen und ordnungsrechtlichen Vorschriften im Geschäftsbereich

- des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) auf ihre Effizienz und Wirksamkeit überprüft werden;
2. EU-Richtlinien, die die deutsche Landwirtschaft betreffen, künftig nur noch 1:1 in nationales Recht umzusetzen, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft im EU-Vergleich nicht noch weiter zu schwächen;
  3. keine internationalen Wirtschaftsabkommen gegen die deutsche und europäische Landwirtschaft zu vereinbaren und insbesondere auch das Mercosur-Abkommen zu stoppen, bis durch weitere Verhandlungsergebnisse sichergestellt ist, dass aus dem Abkommen keine schädlichen Folgen für die deutsche Landwirtschaft erwachsen;
  4. auf EU-Ebene sicherzustellen, dass die europäischen Märkte nicht länger mit billigen Agrarimporten aus der Ukraine geflutet werden;
  5. die heimischen, deutschen Standards in der Lebensmittelherstellung und Agrarrohstoffproduktion zu schützen;
  6. innerdeutsche Produktionsstätten wie z. B. Metzgereien, Molkereien und Schlachtbetriebe zu fördern und zu reaktivieren;
  7. der heimischen Fischerei die versprochenen Finanzmittel aus dem Windenergiegesetz sofort auszuschütten;
  8. keine Fleischsteuer auf heimische Produkte einzuführen;
  9. zeitnah eine verbindliche und transparente Lebensmittel-Herkunftskennzeichnung in Klarschrift einzuführen, die insbesondere auch für Lebensmittel in Fertigpackungen gilt und mindestens die tierischen Zutaten Fleisch, Milch und Eier beinhaltet;
  10. ein sofortiges aktives Wolfsbestandsmanagement zur Sicherung der Weidetierhaltung einzuführen;
  11. auf verpflichtende Flächenstilllegungen und/oder Nutzungsverbote in der Agrar- und Forstpolitik zu verzichten;
  12. die Nitratmessstellen verursachergerecht neu zu bewerten, die Roten Gebiete nachvollziehbar einzugrenzen und das Messstellennetz fachgerecht zu ertüchtigen;
  13. die ideologisch motivierte Wiedervernässung von Mooren zu beenden;
  14. sicherzustellen, dass ein bedarfsgerechter Pflanzenschutz nach guter fachlicher Praxis auch weiterhin gewährleistet werden kann.

Berlin, den 20. Februar 2023

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

## **Begründung**

Die sich ausweitenden Bauernproteste mit Autobahnblockaden und eindrucksvollen Demonstrationen sind ein guter Anlass, um über die berechtigten Forderungen dieser Berufsgruppe noch einmal intensiv nachzudenken und eine vorurteilsfreie, politische Gesprächsbereitschaft anzubieten ([www.zdf.de/nachrichten/zdfspezial/zdfspezial---die-wut-der-bauern---start-der-protestwoche-100.html](http://www.zdf.de/nachrichten/zdfspezial/zdfspezial---die-wut-der-bauern---start-der-protestwoche-100.html)). Steuererhöhungen wie beim Agardiesel haben nach Auffassung der Landwirte das Fass zum Überlaufen gebracht ([www.agrarheute.com/politik/agardiesel-haben-bauernproteste-bisher-gebracht-614443](http://www.agrarheute.com/politik/agardiesel-haben-bauernproteste-bisher-gebracht-614443)). Die sich seit Jahren aufstauenden Probleme innerhalb der deutschen Landwirtschaft führen zur weiteren Demonstrationsbereitschaft der Betroffenen. Der beschlossene Antrag

der Regierungskoalitionen wird nicht zur Verbesserung der Situation beitragen und wurde von den Betroffenen als Affront empfunden ([www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/agrarpolitik-was-die-bauernproteste-bewirkt-haben](http://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/agrarpolitik-was-die-bauernproteste-bewirkt-haben), U341No6). Die Agrarminister von mehreren Bundesländern haben sich den Forderungen der Landwirte angeschlossen und wollen die Steuerhöhung auf Agrardiesel im Bundesrat wieder kippen ([www.welt.de/wirtschaft/article249828700/Bauern-Vier-Bundeslaender-wollen-Steuerentlastungen-beim-Agrardiesel-spaeter-ab-schaffen.html](http://www.welt.de/wirtschaft/article249828700/Bauern-Vier-Bundeslaender-wollen-Steuerentlastungen-beim-Agrardiesel-spaeter-ab-schaffen.html)).

Derzeit sind jedoch jährlich mehrere tausend landwirtschaftliche Betriebe gezwungen, ihre Hof-tore für immer zu schließen und immer weniger Betriebsinhaber finden überhaupt einen Hofnachfolger. In den vergangenen 20 Jahren hat sich die Zahl der Höfe in Deutschland fast halbiert (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36094/umfrage/landwirtschaft---anzahl-der-betriebe-in-deutschland/>). Die Hälfte der verbleibenden Betriebe wirtschaftet mittlerweile im Nebenerwerb, weil das landwirtschaftliche Einkommen allein nicht mehr ausreicht ([www.agrarheute.com/management/betriebsfuehrung/landwirte-nebenerwerb-wirtschaftlich-erfolgreich-rote-zahlen-596089](http://www.agrarheute.com/management/betriebsfuehrung/landwirte-nebenerwerb-wirtschaftlich-erfolgreich-rote-zahlen-596089)). Prognosen gehen davon aus, dass die Zahl der Höfe in Deutschland bis zum Jahr 2040 um mehr als 60 Prozent auf 100.000 sinken wird, wenn sich an der Agrarpolitik nichts ändert ([www.dzbank.de/content/dzbank/de/home/die-dzbank/presse/schwerpunktthemen/2020/2020-08-27\\_landwirtschaft.html](http://www.dzbank.de/content/dzbank/de/home/die-dzbank/presse/schwerpunktthemen/2020/2020-08-27_landwirtschaft.html)).

Der Selbstversorgungsgrad für Grundnahrungsmittel lag in Deutschland zuletzt nur noch bei durchschnittlich 80 Prozent (ohne Erzeugung aus Auslandsfutter) beziehungsweise 88 Prozent (mit Erzeugung aus Auslandsfutter) (Drucksache 20/350, S. 17 f.). Wohlgermerkt können diese Ergebnisse auch anders ausfallen, wenn beispielsweise schlechte Wetterverhältnisse, Betriebsmittelengpässe o. Ä. zu Ernteeinbußen führen. Das bedeutet, dass wir bereits heute einen nicht unerheblichen Teil unserer Nahrungsmittel importieren müssen, um den Bedarf decken zu können. Der gegenwärtig in der Agrarpolitik eingeschlagene Weg hin zu einer flächendeckenden Extensivierung und Stilllegung wertvoller Agrarflächen sowie die damit verbundene steigende Abhängigkeit von Lebensmittelimporten verlagert die heimische landwirtschaftliche Produktion zunehmend in Länder, in denen deutlich niedrigere Produktionsstandards, wie beispielsweise bezüglich des Umwelt- und Tierschutzes, gelten. Um uns bei der Versorgung mit Lebensmitteln möglichst unabhängig vom Ausland zu machen und weitere Abhängigkeiten zu vermeiden, sollte daher ein möglichst hoher Selbstversorgungsgrad bei Lebensmitteln in Deutschland angestrebt werden.

Dazu gehört, dass eine bedarfsgerechte Nährstoffversorgung der Pflanzen nach guter fachlicher Praxis auch weiterhin gewährleistet werden kann. Eine gesetzliche vorgeschriebene pauschale Absenkung der Stickstoffdüngung in nitratsensiblen Gebieten auf 20 Prozent unter dem Bedarf der Kultur führt nicht nur zu erheblichen Einbußen bei den Getreideerträgen und -qualitäten, sondern verursacht auch massive ökologische Probleme wie beispielsweise einen Verlust an Bodenfruchtbarkeit und Humusabbau ([www.praxis-agrar.de/pflanze/pflanzenbau/die-neue-duengeverordnung](http://www.praxis-agrar.de/pflanze/pflanzenbau/die-neue-duengeverordnung); Gerd Rinas, „Kein Ende des Konflikts“, Bauern Zeitung – Wochenblatt für die ostdeutsche Landwirtschaft, Nr. 3, 21.1.2022, S. 12). Auch der bedarfsgerechte Pflanzenschutz nach guter fachlicher Praxis muss weiterhin gewährleistet werden, weil er für einen erfolgreichen Pflanzenbau von übergeordneter Bedeutung für die Ertragssicherheit und -qualität ist. Im deutschen Pflanzenschutzgesetz ist der integrierte Pflanzenschutz, der unter anderem den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf das notwendige Maß beschränkt, bereits als Leitbild des modernen Pflanzenschutzes bereits verankert und gehört zur guten fachlichen Praxis bei der Durchführung von Pflanzenschutzmaßnahmen (§ 2 Nummer 2 des Pflanzenschutzgesetzes vom 6. Februar 2012). Das erforderliche hohe Fachwissen der Landwirte für die Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln wird durch die Pflicht zur Sachkunde ebenfalls bereits verlässlich sichergestellt ([www.pflanzenschutzskn.de/dislservice/faces/index.xhtml](http://www.pflanzenschutzskn.de/dislservice/faces/index.xhtml)).

In der Agrarpolitik werden in immer kürzeren Abständen neue Auflagen und Verbote beschlossen. Insgesamt betragen die jährlichen bürokratischen Gesamtkosten der Landwirtschaft über 620 Millionen Euro ([www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Buerokratiekosten/Publikationen/Downloads-Buerokratiekosten/hofarbeit-schreib-tischzeit.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Buerokratiekosten/Publikationen/Downloads-Buerokratiekosten/hofarbeit-schreib-tischzeit.pdf?__blob=publicationFile), S. 32). Im Durchschnitt nehmen die bürokratischen Tätigkeiten 25 Prozent der Gesamtarbeitszeit der landwirtschaftlichen Betriebe ein ([www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Buerokratiekosten/Publikationen/Downloads-Buerokratiekosten/hofarbeit-schreib-tischzeit.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Buerokratiekosten/Publikationen/Downloads-Buerokratiekosten/hofarbeit-schreib-tischzeit.pdf?__blob=publicationFile), S. 25). Vor allem diese überbordende Bürokratie belastet die mittelständischen bäuerlichen Familienbetriebe immens. Dabei besteht viel Potential, ineffiziente Normen und ordnungsrechtliche Vorschriften sowie Marktzutrittsbeschränkungen im Rahmen einer umfangreichen Deregulierung abzubauen oder zu vereinfachen. Eine solche umfangreiche Entbürokratisierung würde den Betrieben wieder mehr unternehmerische Entscheidungsfreiheit zurückgeben, die hohen landwirtschaftlichen Produktionskosten senken sowie das wirtschaftliche Wachstum begünstigen ([www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-derwirtschaft/19121/deregulierung](http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-derwirtschaft/19121/deregulierung)). Zur Verhinderung

weiterer Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der heimischen Landwirtschaft innerhalb der EU muss die bisher gängige Praxis des sogenannten „Gold-Platings“, d. h. die „übererfüllende“ Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht beendet werden. Gemeinsame Märkte brauchen gemeinsame Regeln.